

1.000 Leute weggeschickt

WAHL Wohlfahrtsverbände fordern mehr Beratung für Wohnungslose und mehr Sozialwohnungen

Die Hamburger Wohlfahrtsverbände fordern vor der Bürgerschaftswahl eine bessere Versorgung von Wohnungslosen mit Wohnraum und Beratung. In der Stadt gebe es über 7.900 Menschen, die „akut keine Wohnung haben“, sagte Diakonie-Experte Dirk Hauer. Darunter seien etwa 1.000 Obdachlose und rund 750 Personen auf Wartelisten der Wohnungslosenhilfe.

Es reiche nicht, auf den Markt zu vertrauen, der SPD-Senat müsse die städtische Wohnungsbau-Gesellschaft Saga/GWG anhalten, die Hälfte der frei werdenden Wohnungen an Wohnungslose zu vergeben. Außerdem müsse durch gezielten Aufkauf von Belegbindungen die stetig sinkende Zahl der Sozialwohnungen erhöht werden.

Dies ist eine von drei zentralen Forderungen, die die Arbeitsgemeinschaft der freien Wohlfahrtspflege (AGFW) anlässlich einer Fachtagung „Sozialpolitik in Zeiten der Schuldenbremse“ gestern stellte. Man müsse anpassen, dass die soziale Infra-

struktur der Stadt nicht kaputt gespart wird, warnte der AGFW-Geschäftsführer Jens Stappenbeck. So würden die sieben bezirklichen Sozialberatungsstellen für Wohnungslose wegen der Schuldenbremse nicht mehr ausreichend finanziert. „Wir mussten öfter mal Tür zu machen und etwa 200 Menschen wieder weg schicken“, berichtet Bettina Reuter von der Ambulanten Hilfe in Altona. Hamburgweit hätten etwa 1.000 Personen in diesem Jahr keine Beratung erhalten, obwohl Wohnungslose laut Sozialgesetzbuch Anspruch darauf haben.

Das Problem sei – wie auch in anderen Beratungsbereichen wie der Suchthilfe –, dass Tarif- und Kostensteigerungen nicht mehr voll ausgeglichen wurden, erläutert die stellvertretende AGFW-Geschäftsführerin Sandra Berkling. Das führe zu Liquiditätssengpässen und Stellensperren. Allerdings gebe es einen „Hoffnungsschimmer“, dass ab 2015 Tarifsteigerungen wieder finanziert werden. **KAJ**

TAZ-Hamburg 04.11.14